

Die GBH im Vormarsch für eine neue Ausländerpolitik : Minibürger maxidiskriminiert

Autor(en): **Pacheco, Mariano**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): - **(1989)**

Heft 10: **Immigration**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-584224>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Minibürger maxi diskriminiert

MARIANO PACHECO

Sie arbeiten während mehrerer Monate in der Schweiz. Leben ohne Frau und Kinder. Dürfen weder Arbeitsplatz noch Beruf oder Kanton wechseln. Helfen mit, eine Infrastruktur zu finanzieren, die sie nicht benützen können: Schulen, Kindergärten usw. Leben in der Unsicherheit, den Arbeitsvertrag nicht erneuert zu bekommen. Wohnen meistens unter sich ausserhalb der Städte in vorfabrizierten Ghettos. Das sind die Saisoniers.

FOTO: GBH

Die GBH steht bei den Saisoniers hoch im Kurs. Seit Jahrzehnten hat sie ihre arbeitsrechtlichen, vertraglichen und politischen Interessen wahrgenommen. Die GBH setzt sich für eine Besserstellung der Benachteiligten ein. Die ständigen Interventionen bei Arbeitgebern und Behörden haben dazu beigetragen, dass heute die Öffentlichkeit besser informiert und sensibilisiert ist. Das Hauptproblem, die Abschaffung des Saisonierstatus, konnte aber nicht gelöst werden.

Zehntausend auf dem Bundesplatz

Dass es in der Schweiz nicht nur fremdenfeindliche Tendenzen

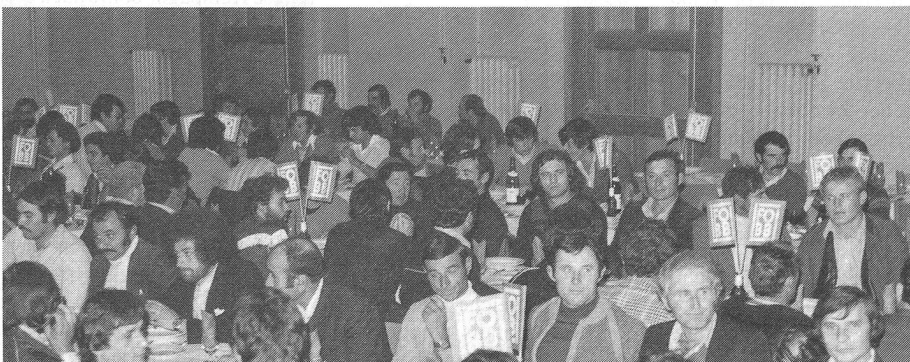
gibt, bestätigte sich am 1. November 1980. Über zehntausend Menschen demonstrierten in Bern gegen die Ausländerpolitik des Bundesrates. Das Motto der damaligen Kundgebung «Solidarität mit den ausländischen ArbeitnehmerInnen» wurde auf eindrückliche Weise in die Tat umgesetzt.

Die Herren Bundesräte liessen sich dadurch kaum beeindrucken und setzten die Diskriminierungspolitik fort. Das Saisonierstatut wurde zwei Jahre später weiter verschlechtert. Die Umwandlung der Saison in eine Ganzjahresbewilligung nach 100 Aufenthaltsmonaten in der Schweiz wurde gestrichen. Die vierzehntägige Toleranz wurde auf sieben Tage reduziert.

Man glaubte, so könnten die Auswirkungen der stets zunehmenden AusländerInnenzahl auf die Stabilisierungspolitik verhindert werden. Dies nach dem Motto: wenige Umwandlungen, wenige Familien nachzüge. Das Resultat kann nichts anderes als noch mehr Unsicherheit sein. Eine einfache Rechnung also. So glaubte man. Heute sieht man alles anders. Trotz dieser Massnahmen ist die Stabilisierungspolitik in Frage gestellt. Die Benachteiligung der Saisoniers ist geblieben.

Dialog umsonst

Die GBH hat ständig den Kontakt und den Dialog mit den Bundesbehörden gesucht. Mehr als nette, unverbindliche Worte haben wir aber nicht erreichen können. Dialog hin oder Massendemonstration her: Die Situation der Saisoniers hat sich weiter verschlechtert. Die Wirtschaft braucht sie, um veraltete anpassungsbedürftige Strukturen am Leben zu erhalten. Die Wirtschaft übt Druck aus, und das BIGA gibt nach. Ist diese Politik weiterhin sinnvoll? Wir glauben nein. Nach kapitalistischem Muster sollten Branchen



und Unternehmer konkurrenzfähig sein. In diesem Falle wäre dies ohne billige, diskriminierte Saisonniers nicht möglich. Eine Art Subventionierungspolitik auf dem Buckel der Benachteiligten.

Nach aussen schauen

Die letzte substantielle Verbesserung der Ausländerpolitik wurde via bilaterales Abkommen zwischen der Schweiz und Italien verwirklicht. Damals – 1972 – spielte die Europäische Gemeinschaft eine wichtige Rolle. Unter dem Druck von Brüssel gaben die Schweizer Unterhändler nach. Das Saisonnierstatut konnte anschliessend, z.B. in der Frage der Umwandlung, etwas verbessert werden. Aber Dialog, Verhandlungen und eine nationale Demonstration haben nichts bewirkt. Politischer Druck von aussen aber sofort. Das die lehrreiche Erfahrung der letzten Jahre. Inzwischen hat die GBH ihre Tätigkeit geändert. Als grösste Organisation der Werkstätigen in der Schweiz können wir uns nicht mehr mit schönen Worten begnügen. Unsere Mitglieder wollen auch Resultate. Zu Recht. So nützten wir den offiziellen Besuch des Präsidenten Portugals, Mario Soares, um mit ihm die lange Liste der Probleme seiner Landsleute in der Schweiz zu besprechen. Wir fanden einen aufmerksamen Zuhörer. Kontakte folgten später mit dem Arbeitsminister und mit dem Staatssekretär für Emigrationsfragen. Im Oktober 1989 wurde bereits mittels bilateraler Verhandlungen um eine Lösung der Schulprobleme der portugiesischen Kinder und um die Aus- und Weiterbildung der PortugiesInnen in der Schweiz gesucht. Im Frühling 1990 werden wahrscheinlich die Verhandlungen um ein bilaterales Abkommen über die Anwerbung und Beschäftigung der PortugiesInnen in der Schweiz aufgenommen werden. Der portugiesischen Seite sind die Abschaffung des Saisonnierstatuts und die Besserstellung der Lusitaner ein grosses Anliegen. Es bewegt sich etwas...

Premier Felipe González als Saisonnieranwalt

Der Besuch von Ministerpräsident Felipe González 1988 stiess überall auf grosses Interesse. Schon Monate vor seinem Besuch liess ihm die GBH einen neu ausgearbeiteten Forderungskatalog zukommen. Kontakte vor dem Besuch wurden geknüpft. Felipe González traf eine GBH-Delegation in Bern. Die Probleme der spanischen ImmigrantInnen in der Schweiz wurden offen diskutiert. So wurde ein Besuch, der anfänglich fast ausschliesslich wirtschaftlichen und diplomatischen Fragen galt, beträchtlich erweitert. Premier González fand in Bern Zeit, für die Saisonniers eine Lanze zu brechen.

Als damaliger EG-Präsident warf er die Frage der sozialen Dimension Europas auf. Nicht nur freier Kapital- und Warenverkehr, sondern auch der Mensch steht im Vordergrund. Der Bundesrat spürte den Druck Europas ganz eindeutig. Mit Italien war das gleiche Prozedere vorgesehen. Ex-Premier Ciriaco De Mita annullierte aber seine Reise in die Schweiz aus innenpolitischen Gründen. Wenig später fiel seine Regierung. Die GBH wartet ab.

Ein neuer Wind

Vergleicht man die Aussagen der Bundesbehörden vor nur noch vier Jahren mit denen von heute, dann kann man feststellen, dass etwas in Bewegung geraten ist. Nicht zuletzt, weil das Europa der Zukunft an die Tür klopft. Ein neuer, für die AusländerInnen frischer Wind bläst. Das BIGA und das Bundesamt für Ausländerfragen verfolgen die Entwicklung im Europa der Zwölf mit grösster Aufmerksamkeit. Man ist, mindestens auf Diskussions-ebene, flexibler geworden. Aus dieser Situation muss die GBH versuchen Kapital zu schlagen. Der Kampf für die Abschaffung des Saisonnierstatuts hat mehr denn je seine Berechtigung.

Wirtschaft siegt weiterhin

Noch ist es aber nicht so weit. Wir müssen noch eine Durststrecke durchmachen. Die neue Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Erwerbstätigen AusländerInnen, die seit dem 1. November 1989 in Kraft ist, zeigt es ganz deutlich. Neben allgemeinen Verschlechterungen gibt es wenigstens einen Lichtblick: Das Arbeitsvertragsobligatorium für Saisonniers. Künftig müssen sie einen schriftlichen Arbeitsvertrag erhalten, bevor sie in die Schweiz kommen. Mindestens in diesem Punkt hat das BIGA nachgegeben. Sonst Dunkelheit. Dabei hatten wir klare Vorstellungen, wie die revidierte Verordnung aussehen sollte: Abschaffung der nichtkontingentierten Kurzaufenthaltsbewilligungen, Erleichterung der Umwandlung der Saisonbewilligungen und grosszügigere Handhabung der Praxis für den Familiennachzug. Einmal mehr wurden die Interessen der Wirtschaft in den Vordergrund gestellt.

Ein Fall für Strassburg

Gerade in der Frage des Familiennachzuges will die GBH etwas Konkretes unternehmen. Das Saisonnierstatut mit dem fehlenden Recht auf Familiennachzug verstösst gegen die Europäische Menschenrechtskonvention. Wir werden den Fall eines Saisonniers, der seine Familie zurücklassen muss, vor den Gerichtshof in Strassburg bringen. Die europäischen Instanzen sollen das letzte Wort in dieser Angelegenheit haben.

Von der Berufsbildung bis zum Stimmrecht

Die Tätigkeit der GBH beschränkt sich nicht auf diese Einzelaktionen. In der Broschüre «Saisonnierstatut im Wandel» haben wir auch auf andere wichtige Probleme hingewiesen. Berufsbildung, Steuerrecht, grenzsanitarische Untersuchung und Sozialversicherung sind Bereiche, um die sich die GBH ebenfalls kümmert. Es handelt sich dabei um Probleme,

die einer dringenden Lösung harren. Die allseits gewünschte Integration der ausländischen ArbeitnehmerInnen kann nur erreicht werden, wenn die Diskriminierungen abgeschafft sind. Das Stimmrecht auf Gemeindeebene ist sicherlich ein wichtiges Mittel, um die Integration zu erreichen. Zusammen mit dem SGB sind wir dran, eine Broschüre auszuarbeiten. Die Doppelbürgerschaft könnte man auch auf diese Prioritätenliste setzen.

Mit der Kundgebung vom 1. November 1980 in Bern ist eine Etappe zu Ende gegangen. Diese war der Höhepunkt einer progressiven Politik, die mit dem Erscheinen neuer fortschrittlicher Kräfte der 68er Bewegung entstanden war. Wenig später kamen die Rückschläge: Mitenand-Initiative und das Referendum gegen das Ausländergesetz. Jetzt stehen wir vor einer neuen Situation. Wir haben, wie bereits dargestellt, den Kampf gegen die unhaltbare Situation der ausländischen ArbeitnehmerInnen eröffnet. Wir werden weiterhin Kontakte mit den EG-Regierungen pflegen. Dazu wäre auch die Klage in Strassburg gegen die Verletzung der Menschenrechte zu erwähnen. Aber auch eine internationale Konferenz mit den Gewerkschaften Italiens, Portugals, Spaniens und Jugoslawiens ist vorgesehen. Die Koordination der Aktionen auf internationaler Ebene ist von grosser Wichtigkeit.

Im Inland ist die Lancierung einer breiten Kampagne für die Abschaffung des Saisonnierstatuts notwendig. Dabei sind wir auf die Unterstützung weiterer Kreise angewiesen, beispielsweise von christlichen Kreisen. Diese Kampagne sollte auch die vorzeitige Revision des Ausländergesetzes beinhalten. Eine bewegte Zeit steht vor uns. Der Europäische Gewerkschaftsbund ist ebenfalls aktiv. Ende Oktober wurde beispielsweise die erste grosse EGB-Kundgebung organisiert. Über 15 000 GewerkschafterInnen versammelten sich in Brüssel, um ein sozialeres Europa zu fordern. Für uns ist eine solche Kundgebung in Bern nicht auszuschliessen.